

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abo-Preis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fests- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhauser Straße 38—42. Telefon-Amt. 98 u. 80. Telegr. Adr.: Altvorstand Bochum.

Zwanzigste Generalversammlung unseres Verbandes.

Hannover, den 28. April 1913.

Verbandsvorsitzender Sachse eröffnete die Vormittagsitzung pünktlich um 9 Uhr und begrüßte den Kameraden Jarolim Teplitz als Vertreter der österreichischen Bruderorganisation. Jarolim überbrachte die Grüße der organisierten Bergarbeiter Österreichs. Die österreichischen Bergarbeiter verfolgten mit besonderem Interesse alle Vorgänge und Kämpfe der deutschen Bergarbeiter, denn Erfolge der deutschen Bergarbeiter betrachtete sie als ihre eigenen Erfolge und so hätten alle Bergarbeiter Österreichs voriges Frühjahr mit Spannung nach Deutschland geschaut, als die deutschen Brüder einen Menschenkampf organisierten. Niemand hätte es für möglich gehalten, daß eine Bruderorganisation den Streikbruch proklamieren, den Arbeitern in den Rücken fallen werde, wie es die „Christlichen“ getan haben. Dieser organisierte Streikbruch wird auch seine Folgen in Österreich zeigen, wo die Christlichsozialen eine ähnliche Rolle spielen, wie die „christliche“ Streikbruchorganisation in Deutschland. Die Gewerkschaftsbewegung in Österreich ist ebenfalls an der Berßplitterung wie die deutsche und leidet darunter außerordentlich, besonders aber die Bergarbeiterorganisation leide unter der Berßplitterung des Separatismus. Jedoch sei der Krisenstand jetzt glücklich überwunden und die Union schreite wieder vorwärts. Von der vorliegenden Tagesordnung interessiere der Punkt: Die Massenruhe in Bergbau und Bergbau die österreichischen Bergleute am meisten, weil dieser Punkt die Sicherheit bestätigt. In Österreich seien im letzten Jahre keine Massenunfälle erfolgt, aber Einzelfälle mehr als genug. Die österreichische Regierung habe auf Drängen der Bergarbeiter ein Gesetz zum Schutz der Arbeiter und zur Sicherheit der Gruben vorgelegt, das aber nur dem Sicherheitsmännergesetz von Preußen nachgebildet sei. Ein solches Gesetz könne den österreichischen Bergarbeitern nichts nützen, denn das preußische Sicherheitsmännerystem sei nur Komödie, eine Täuschung der Öffentlichkeit, wogegen die Bergleute sich gewehrt hätten. Die Organisation habe es denn auch erreicht, daß die Regierung die Vorlage des Sicherheitsmänner-Komödiengesetzes zurückgezogen habe. (Bravo!) Dadurch sei die Regierung gezwungen, ein Gesetz vorzulegen, das den Bergarbeitern einen wirklichen Schutz gewährt. Den Bergarbeitern aller Länder stehen noch schwere Kämpfe bevor, rüsten wir überall, banen wir unsere Landesorganisation aus, womit dann die internationale Solidarität von selbst gestärkt und gefestigt wird. (Lebhafte Bravo!)

Kamerad Schmidt-Bochum begründet den Statutänderungsvorschlag des Vorstandes und berichtet die dazu gestellten Anträge. Bei jeder Statutänderung seien wir stets der Meinung gewesen, nunmehr ein vollkommenes Statut für alle Seiten geschaffen zu haben, aber allzu schnell stellten sich dann die Mängel heraus, und diese mussten beseitigt werden. Nach jetzt werden wir nicht in der Lage sein, ein vollkommenes Statut zu schaffen, sondern wir können nur die härtesten Mängel ausmerzen. Unser Statut ist kein Dogma, macht darum keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit, aber es muß so ausgebaut sein, daß es die Interessen des Verbandes berücksichtigt, ohne die Ansprüche der Mitglieder zu schmälern. Bei den jetzigen Beiträgen sei eine Erhöhung der Unterstützungsstärke nicht möglich, ohne die Aktionsfähigkeit des Verbandes zu lähmten. Deshalb kann die verlangte Erhöhung der Unterstützungen ohne Gegenleistung nicht erfüllt werden. Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, der Generalversammlung feine Erhöhung der Beiträge vorzuschlagen. (Sehr richtig!) und folglich erachtet er die Delegierten, alle dahingehenden Anträge, die eine Erhöhung der Unterstützungen ohne Gegenleistung fordern, abzulehnen. (Sehr richtig!) Dahingegen haben sich einige Ungehobenheiten herausgestellt, wonach jüngeren Mitgliedern günstiger gestellt sind, als die älteren. Diese Härten zu beseitigen, schlägt der Vorstand ihnen die Änderungen vor, und analog dieser Änderungen gleich eine andere Staffelung. Weiter wünscht der Vorstand, daß in Zukunft der Kontrollausschuß die Steboren der Hauptkasse aus seiner Mitte zu bestimmten hat und außerdem, daß eine Frist festgesetzt wird, bis wann Beschwerden gegen den Vorstand beim Kontrollausschuß eingereicht werden müssen. Bisher war eine Frist nicht gesetzt, so daß Mitglieder sich nach Jahren noch beschweren konnten. Wir wünschen, daß Beschwerden, die sich gegen Vorstand oder Redaktion richten, innerhalb Monatsfrist beim Kontrollausschuß einlaufen müssen. Bezüglich der Abänderungsanträge zum Streifreglement bittet er besonders denjenigen abzulehnen, der verlange, bei Streiks nur Streikunterstützung an Vollbezugsberechtigte zu zahlen. Mit Ablaufe dieses Antrags würde die Generalversammlung dem Verband eine Rute brechen, mit der wir gründlich geziert werden könnten. Bei den heutigen Verhältnissen läßt sich keine generelle Regelung durchführen, sondern es muß von Fall zu Fall entschieden werden. Selbstverständlich können die noch nicht Vollberechtigten nur in Ausnahmefällen eine Unterstützung erhalten, die genau geprüft und aus den Umständen heraus entschieden werden muß. Nehmen Sie unsere Vorschläge an, denn wir müssen unseren Verband immer mehr ausbauen, weil die härtesten und schwersten Kämpfe uns noch bevorstehen und dafür müssen wir rüsten. Zu den letzten beiden Jahren hat der Verband über 4 Millionen Mark für Streiks ausgeben müssen und diese Ausgaben können noch wesentlich höher werden. Darum ist es unsere Pflicht, die Verbandskasse zu stärken. (Lebhafte Bravo!)

Humann-Brädel: Wir haben leider die Tatsache zu verzeichnen, daß sich ältere Kameraden in den Verband aufnehmen lassen, nach einem Jahre zum Invaliden feiern, sodass der Verband ihnen das vielfache ihres gezahlten Beitrages als Krankengeld zahlen muss. Deshalb empfiehlt sich Kameraden, die über 45 Jahre alt sind, nicht mehr anzunehmen. Selein-Bochum tritt für schärfere Bekämpfung des Altkohls ein, sowie für den Antrag Herne, wonach Mitgliedern, welche dem Verband schon angehört haben, nach Zahlung von

52 Wochenbeiträgen, ihre alten Rechte wieder angerechnet werden sollen. Humann-Bochum wendet sich gegen den letzteren Antrag und den Antrag Brädel. Krahn-Gladbeck spricht sich ebenfalls gegen den Antrag Herne aus. Hause-Herne spricht sich dafür aus. Bickel-Wanne tritt für zwei freiwillige Beitragsklassen von 60 und 70 Pf. und entsprechende Erhöhung der Unterstützungen ein. Breforth-Lünen fordert, daß die Unterstützungen die gezahlten Beiträge im Einzelfalle nicht übersteigen dürfen. Kämper-Mülheim fordert, daß übertretende Mitglieder vor Ablauf von 12 Monaten nur Anspruch auf Unterstützung entsprechend ihrer früheren Beitragszahlung haben sollen. Ohmann-Harpen tritt dafür ein, daß krankfeiernde Mitglieder von der Beitragspflicht befreit werden sollen. Brandt-Altenessen fordert, daß Kaseristen bis zum 1. Dezember des Jahres, in welchem sie entlassen werden, beitragsfrei bleiben und neu einzutretende Mitglieder, die vorher ausgeschriebene Extrabeiträge in einem bestimmten Zeitraum nachzuzahlen haben. Eifel-Schmidhorst fordert die obligatorische Einführung der Extrabeiträge. Winterfeld-Horst bittet, alle Anträge auf Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen abzulehnen. Dicmann-Rothausen tritt Winterfelds energisch entgegen. Wir müssen unsere Kameraden zu größerer Opferwilligkeit erziehen; sehen wir uns die anderen Organisationen an. Uebertal sehen wir, daß obligatorische Extrabeiträge eingeführt sind. Dazu müssen auch wir kommen. Während meiner Tätigkeit als Vertrauensmann wurden in der Zabstelle Rothausen 2866 Neuaufnahmen gemacht, jetzt haben wir nur 570 Mitglieder. Diese gewaltige Fluktuation gibt zu denken. Wir müssen höhere Rechte, aber auch höhere Pflichten schaffen, um der gewaltigen Mitgliedersfluktuation zu begegnen. Humann-Lünen spricht sich für einen freiwilligen Wochenbeitrag von 60 Pf. aus. Die Befürchtungen, die in dieser Beziehung gehegt werden, sind zu groß. Gegen einen Lokalbeitrag haben sich unsere Mitglieder ausgesprochen. Wenn aber eine obligatorische Erhöhung der Beiträge erfolgt, sind sie damit einverstanden.

Humann-Bochum: Wenn die Kampftumming unserer Mitglieder eine größere wäre, müßten nach den hinter uns liegenden Kämpfen alle sich darüber einig sein, daß wir größere Kampfmittel haben müssen. Aus allen Zabstellen müßten entsprechende Anträge vorliegen. Wenn größere Anforderungen an unseren Verband gestellt werden sollen, müssen auch größere Opfer gebracht werden. Es ist darum nicht angängig, unsere Kasse noch mehr zu belasten ohne Beitrags erhöhung. Wollten wir die Karentzeit für krankfeiernde entsprechend den gestellten Anträgen beschränken, würde für die Verbandskasse eine jährliche Mehrbelastung von etwa 150 000 Mk. eintreten. Durch die geforderte Beitragsbefreiung für krankfeiernde entstünde ein Aufschwung von ebenfalls 150 000 Mark. Das wäre eine Mehrbelastung von etwa 300 000 Mark. Das sollte man bedenken und die dahingehenden Anträge ablehnen.

Franz-Gottesberg spricht sich in gleichem Sinne aus. Krahn-Lünen: Es wird immer Leute geben, die gegen jegliche Beitrags erhöhung Opposition machen. Dabon können wir uns aber nicht leiten lassen, sondern müssen das tun, was notwendig ist. Wir müssen auch zu Lokalbeiträgen kommen, weil wir uns der Amtststellung von Lokalbeamten in großen Zabstellen auf die Dauer nicht entziehen können. Die Generalversammlung möge darum im Prinzip beschließen, daß ein Lokalbeitrag erheben werden muss, die Festlegung der Höhe aber den einzelnen Bezirken und Zabstellen überlassen.

Humann-Brädel bepricht die Maßregelungspraxis auf Beche-Scharnhorst; der Betriebsführer habe gesagt: „Das ist gefreit habt, ärgert mich nicht, aber das der Streik auf Scharnhorst zuerst ausbrach, das ärgert mich.“ Die gemachten Kameraden müßten besser unterstützt werden und ich bitte um Annahme unseres dahingehenden Antrages.

Humann teilt ein Telegramm mit, wonach sich in Oberschlesien auch die fiskalischen Gruben dem Streik angegeschlossen haben und die Zahl der Streikenden damit auf 65 000 angewachsen ist. Wir haben es unseren Kameraden zur Pflicht gemacht, überall Solidarität zu üben. Das ist geschehen. Telegraphisch wird den streikenden Kameraden in Oberschlesien mitgeteilt, daß die Generalversammlung ihnen besten Erfolg wünscht.

Siefert-Marienthal: Der Vorstand schlägt eine Schmälerung des Sterbegeldes vor. Ich würde lieber eine Beitrags erhöhung, als eine Schmälerung der Unterstützungen in Kauf nehmen. Ich beantrage, den Vorstandsantrag abzulehnen. Krahn-Gladbeck tritt für den Antrag Erle ein, wonach noch ein 20-Pf.-Wochenbeitrag eingeführt werden und den 20- und 30-Pf.-Zabstellern nur Streikunterstützung und Sterbegeld gezahlt werden soll. Detmiller-Bochum spricht sich gegen eine Beitrags erhöhung und für die Propagierung eines Lokalbeitrages aus. Derselbe soll aber nicht obligatorisch eingeführt werden.

Wächter-Dortmund bedauert, daß ihm durch Schluß der Debatte unmöglich gemacht wurde, zu den Dortmunder Anträgen zu sprechen und tritt für Beseitigung des Aktionsausschusses ein.

Wuold-Homborn: Ich bin zwar auch kein Vertreter, aber der Dortmunder Antrag auf Beseitigung des Aktionsausschusses ist mir doch zu radikal. Man kann doch eine Einrichtung, die noch nicht lange eingeführt, gleich wieder beseitigen.

Sachse-Bochum: Der Vorstand kann es nicht will, Prügel kriegt er immer. Früher, als noch kein Aktionsausschuss bestand, wurde mehr Demokratie gefordert. Jetzt, wo durch Einführung des Aktionsausschusses diesem Wunsch entsprochen ist, ist es wieder nicht getroffen. Arnold sagte, der Antrag Dortmund sei ihm zu radikal; dieser Antrag ist aber nicht radikal, sondern rücksichtlich. Ich bitte daher, denselben abzulehnen. Sachse wandte sich weiter gegen die Anträge, welche den Einfluss der Angestellten beschränken wollen.

Die Angestellten vertreten nicht ihr persönliches, sondern nur das Verbandsinteresse und das der Kameraden. Daher ist es ungerecht,

fertigt, den Angestellten ein solches Mihtrauen entgegenzubringen.

Krahnmann-Vangenbreer wendet sich ebenfalls gegen den Antrag Dortmund auf Beseitigung des Aktionsausschusses, und gegen den Antrag Kaltehardt, welcher fordert, daß anstelle des Aktionsausschusses die Generalversammlung treten und das Mandat der Generalversammlungsdelegierten bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung gelten soll. In ähnlichen Sinne sprechen sich auch noch eine Anzahl anderer Redner aus. Winterfeld-Horst tritt für den Antrag Wellinghausen ein, Wellinghausen auf 1500 Mitglieder ein Delegierter entfallen soll.

Humann-Bochum: Eine Anzahl Redner haben gefordert, bei Ausbruch eines Streiks die Listen zu schließen und an Nichtorganisierte keine Unterstützung zu zahlen. Ferner die Karentzeit von 28 auf 8 Wochen herabzusehen. Ich bitte, es zu lassen wie bisher. Es lassen sich da schwer bestimmte Richtlinien festlegen. Das Vertrauen muß den in Betracht kommenden Instanzen entgegengebracht werden, daß sie das tun, was nach Lage der Verhältnisse möglich ist.

Schmidt-Bochum: Ich kann nicht auf alle Ausführungen eingehen, aber die Debatte hat ergeben, daß der Vorstand mit seinen Anträgen Recht hat. Wir haben uns überlegt, ob es nicht angängig wäre, den Beitrag zu erhöhen. Aber wir müssen mit der Rückständigkeit vieler Kameraden rechnen und haben davon abgesehen. Wenn wir nun einen Lokalbeitrag einführen, muss er einheitlich sein. Derselbe kann durchgeführt werden, wenn die Mitglieder über die Notwendigkeit genügend aufgeklärt werden. An eine Erhöhung der Unterstützungen ohne gleichzeitige Erhöhung der Beiträge ist nicht zu denken. Wir werden in der Kommission alle Anregungen prüfen, die gegeben wurden. Über unsere Hauptaufgabe ist, unsere Organisation noch schlagfertiger zu machen.

Humann-Bochum: Hannover, den 29. April 1913.

Kamerad Humann eröffnet die Verhandlung und bringt zunächst die Anträge auf Erhöhung der Beiträge zur Abstimmung. Der Antrag, die Beiträge in allen Klassen um 10 Pf. zu erhöhen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, während ein anderer Antrag, nach einer höhere, freiwillige Beitragsklasse einzuführen, mit beträchtlicher Mehrheit angenommen wurde.

Kamerad Sachse ergreift das Wort zur Erstattung des Jahresberichts. Diese Generalversammlung könnte sich bezüglich der Berichterstattung auf einiges gefaßt machen. Er verliest den Bericht der Gründungsfeier aus dem Hannoverschen Zeitungsblatt, der Eröffnungsfeier der Generalversammlung anstößt. Wir sind von dieser Partei derartiges gewöhnt, wir wissen, daß diese Rente verleumden müssen, daß sie aus Prinzip liegen. Wir begüten uns mit dieser Feststellung, denn es sind nicht die schlechtesten Früchte, an denen diese Wespen nagen. Sachse schildert dann eingehend die Konjunkturverhältnisse in der Berichtsperiode, wie sie im gedruckten Jahresbericht schon niedergelegt sind und woraus sich ergibt, daß die Bergwerksbesitzer fabrikante Überschüsse eingefasst haben, während die Knappen leer ausgegangen sind. Trotz einer allgemeinen, erheblichen Wertsteigerung aller Lebensmittel, sind die Löhne im Siegener Revier, wo die „Christen“ sehr „stark“ sind, heute sogar niedriger, als 1907. In unserem „Bruderorgan“, im „christlichen“ „Bergknappe“, wird uns fortgesetzt der infame Vorwurf gemacht, der Verband wolle in Niederschlesien keine ernsthafte Lohnbewegung machen, obwohl er hier die Alleinherrschaft besitzt. Das ist gelogen. In Niederschlesien herrscht der Verband leider nicht, das müssen wir bei verschiedenen Gelegenheiten erfahren. Der Verband hat sich mehrfach alle Bemühungen gemacht, für die niederschlesischen Bergarbeiter Lohnbesserung zu erkämpfen, aber die Gelben und „Christen“ haben uns diese Bemühungen vereitelt. Voriges Jahr brachten wir nicht so viele Unterschriften zusammen, daß wir zum Streik schreiten könnten. Die Gelben und die „Christen“ durchkreuzten unsere Bewegung, hatten sich hinter unserem Rücken schon an den Landrat um Requirierung von Militär gewandt, noch ehe die Kündigungen eingereicht wurden. Immerhin hat der Verband in Niederschlesien eine Schichtverkürzung von zwei Stunden erreicht und würde durch Lohnbesserung erfämpft haben, wenn wir wirklich die Herrschaft hätten, wie es die „Christen“ uns unterstellen. Polen wir denselben Wachstum gegen die „Christen“ antreten, könnten wir den „Wahreitsaposteln“ vorhalten, daß im Siegerland, wo sie die „Alleinherrschaft“ besitzen, die Löhne zurückgegangen sind, während sie in Niederschlesien immerhin um einige Wenige gestiegen sind.

Auf dem Gebiete der Schichtzeitverkürzung haben wir keinen Fortschritt zu verzeichnen; im Gegenteil, die Nebenrichten „In“ geradezu in erschreckendem Umfang zu. In der Kalinindustrie werden monatlich 10 bis 20 Neben- und Nebenrichten verfahren; nicht selten werden von einzelnen Kaliorarbeitern 50 bis 60 Schichten in einem Monat verfahren! (Hört, hört!) In Westfalen besteht überhaupt keine geregelte Schichtzeit mehr. Jeder Kumpel kann kommen und anfahren, wenn er will; es herrscht keine Ordnung mehr. In Beziehung der Schichtzeit stehen wir von allen Ländern nach. In Österreich, Belgien, Frankreich, England und selbst teilweise in Amerika besteht eine gelegentlich geregelte Schichtzeit und Überschichten werden nur unter besonderen Umständen zugelassen. Das englische Berggesetz gestattet nur 60 Überschichten im ganzen Jahr, während bei uns in einer Woche oft mehr als 60 Neben- und Nebenrichten verfahren werden. In Sachsen sind einige Werke zum Nachtstundentag übergegangen, aber weniger aus Humanität oder Entgegenkommen zur Belegschaft, sondern weil die Arbeiter immer mehr abwanderten, die Werke unter Arbeitermangel litten und deshalb durch dieses Entgegenkommen die Arbeiter zurückholten wollten.

Wenn dem Vorstand des österreichen Bergwerke gemacht wurden, daß seine Taktik zu lau, zu wenig aggressiv sei, daß der Vorstand allzuviel gebremst habe, wenn die Mitglieder eine Bewegung wünschten, so werden sie durch die Vorgänge im letzten Jahr davon überzeugt worden sein, daß der Vorstand alle Verantwaltung hat, bei Lohnbewegungen äußerst vorsichtig zu sein und er

